

FORSCHUNGSORIENTIERTES LEHREN UND LERNEN (FoLL)

Geflüchtete Menschen in der Pandemie

Prof. Dr. Maria Pohn-Lauggas, Robin Brohl, Linus Lanfermann-Baumann, Lisa Rabba, Maximilian Wladyka
Unterstützung: Dr. Johannes Becker, Dr. Arne Worm, Dr. Valentin Gold

1. Alltagserleben und -erzählen einer geflüchteten Familie

Vorgehen

- Durchführung von vier mehrstündigen biografisch-narrativen Interviews
- Auswahl des Interviews mit dem Ehepaar Salim und Tamina für die biografische Fallrekonstruktion

Ergebnisse

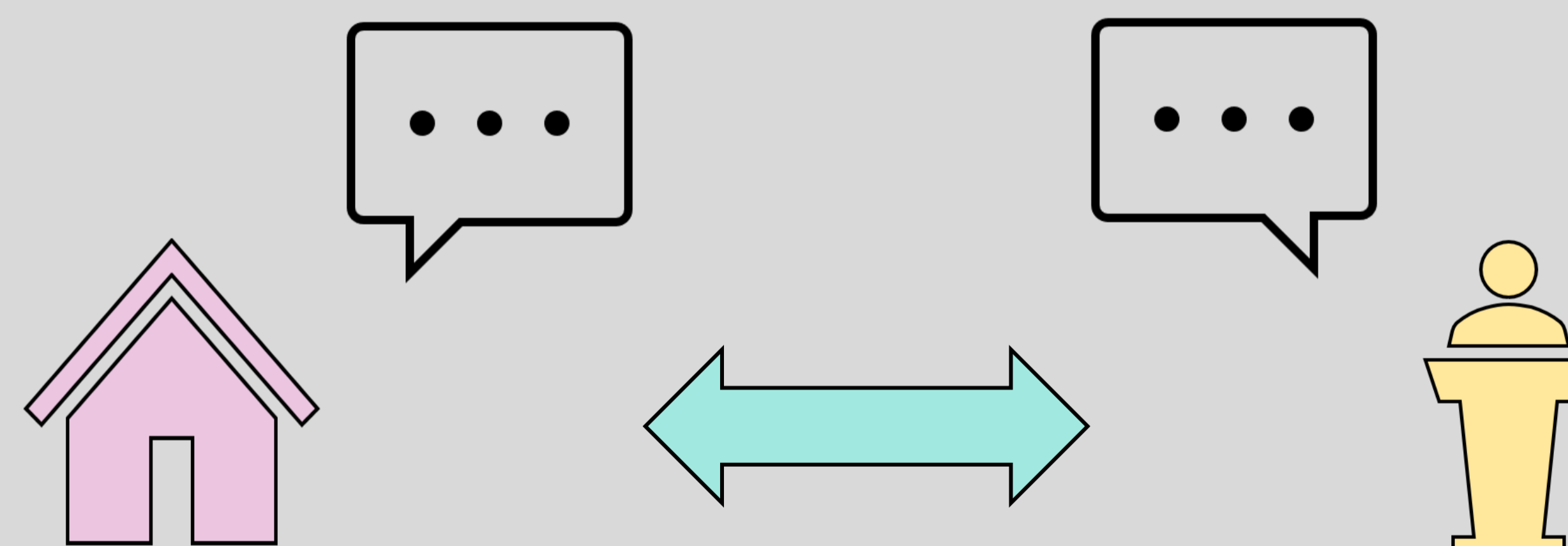
- Salim (*1971 im Nordosten Syriens) erlebt brüchige Kindheit: früher Verlust des Vaters, erhebliche finanzielle Schwierigkeiten in der Familie, früh in Erwerbsarbeit gedrängt
- Syrien unter der arabisch-sozialistischen Baath-Partei: umfassender Bildungsausbau, von dem auch Minderheiten profitieren
- Chancenwahrnehmung durch Salim: sozialer Aufstieg über abgeschlossenes Wirtschaftsstudium im Rahmen einer familialen Strategie
- Bearbeitung der brüchigen Kindheit: Familiengründung erst aus finanziell abgesicherter Position (wohlhabender Nachhilfellehrer, Tamina ist Beamtin)
- Fortführung der familialen Bildungsstrategie in zweiter Generation: große Investitionen in die Bildung der beiden gemeinsamen Kinder
- Bürgerkrieg in Syrien: Bedrohung der Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten der beiden Kinder als zentrale Gründe für Flucht
- Bildungsversprechen an die Kinder in Deutschland nicht einlösbar: in der Schule rassistische Ausgrenzung und Sprachbarriere
- Corona-Krise verschärft bereits vorhandene Hürden: Spracherwerb, Integration in soziales Umfeld und Arbeitsmarkt
- Verschärfung der schulischen Situation der Kinder: Schwierigkeiten mit Online-Unterricht, soziale Isolation, Retraumatisierung, Angst vor sozialem Abstieg

„Wir bedanken auch die Deutschland, sie helfen uns und wir möchten auch helf hier.“

- Salim und Tamina sprechen aus marginalisierter Position: Anklagen an die Aufnahmegesellschaft zumeist latent, direkt nur an die Institution Schule

Forschungsinteresse und -fragen

- Corona-Pandemie in Deutschland führt zu politischem Ausnahmezustand: Bundesregierung erhält über das Infektionsschutzgesetz besondere Macht, um die Krise zu bewältigen
- Flucht verursacht persönlichen Ausnahmezustand: Menschen fallen aus national-staatlichen Strukturen heraus
- Forschungsfragen:
 1. Wie erleben geflüchtete Menschen und Familien die Zeit der Pandemie in Deutschland und wie erzählen sie darüber?
 2. Wird im parlamentarischen Diskurs der Bundestagsdebatten ein Zusammenhang von Flucht und Pandemie hergestellt, wenn ja, in welcher Weise wird dieser verhandelt?
 3. Welche Schlüsse lassen sich aus einer vergleichenden Gegenüberstellung der Ergebnisse der Teilprojekte ziehen?



3. Kontrastierung und Endergebnisse

- Das Alltagserleben widerlegt die Implikation des politischen Diskurses, dass die Schwierigkeiten geflüchteter Menschen gelöst seien, wenn ihnen „Schutz gewährt“ wird
- Gemeinsamkeit von politischem und Alltagsdiskurs: Corona verstärkt vorhandene Probleme
- Politischer Diskurs adressiert Institutionen und Prozesse auf europäischer Ebene (z. B. Mitgliedsstaaten, Dublin-System), geflüchtete Menschen dagegen Institutionen des Alltags (z. B. Schule, Arbeitsamt)

2. Bundesparlamentarischer Diskurs zu Flucht und Pandemie

Vorgehen

- Analyse aller Plenardebatten des Bundestags seit Beginn der Pandemie aus „Vogelperspektive“ (15.01.2020 bis 25.06.2021)
 - Qualitative Codierung der Tagesordnungspunkte (TOPs) nach Themenbezug
 - Quantitative Analyse der Plenarprotokolle des Bundestags:
 - Erstellung eines Searchstrings, um alle Textstellen der gesuchten Themenkombination herauszufiltern
 - Geringe Anzahl von Treffern erlauben eine händische Untersuchung der Ergebnismenge
- Darauf aufbauende Feinanalyse der einzigen Plenardebatte im untersuchten Zeitraum, in der zur Überschneidung von Corona und Asylpolitik gesprochen wird (TOP 6 vom 22. April 2021 und zugehörige Drucksachen)

Ergebnisse

- Nur eine Debatte zu Corona und Asylpolitik weist auf geringe Beachtung des Themas durch die Bundespolitik hin
- Die Höhepunkte des Diskurses liegen, gemessen an der absoluten Häufigkeit der Nennungen, im Mai und Oktober 2020, sowie im März 2021
- Die spezifischen Probleme Geflüchteter aufgrund einer doppelten Betroffenheit von Flucht und Pandemie werden kaum erwähnt. Grund: die dafür notwendige Diskursposition, dass Geflüchtete leistungsfähige Individuen sind, denen Rechte zustehen, ist generell marginalisiert
- In den Reden der CDU/CSU, FDP und SPD werden die Themen Flucht und Pandemie entweder nicht im Zusammenhang miteinander thematisiert oder marginalisiert
- Stattdessen ist ein Diskurs über Verwaltungs- und Verteilungsprobleme auf europäischer Ebene dominant
- Alle adressierten Probleme hätten vor der Pandemie bereits bestanden, sodass Corona als verstärkender Faktor dargestellt wird
- Am häufigsten werden spezifische Probleme Geflüchteter von der Linkspartei und Grünen thematisiert; dem gegenüber steht die AfD, die eine abwehrende Haltung gegenüber Geflüchteten als Kollektiv einnimmt
- Auch das Agendasetting erfolgt häufig durch Fragen an die Bundesregierung und primär durch Linke, Grüne und AfD